

Newsletter Nummer 9/2016: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Kreistagssitzung am 13. Dezember 2016

Der Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises befasste sich in seiner letzten Sitzung 2016 unter anderem mit der Verabschiedung des Haushalts, dem Ausscheiden und Nachrücken eines Kreistagsmitglieds sowie der Einrichtung einer neuen Schulart an der Max-Weber-Schule in Sinsheim.

Ausscheiden und Nachrücken eines Kreistagsmitglieds

Die Kreisrätinnen und Kreisräte beschäftigten sich zu Beginn der Sitzung mit einem Wechsel in den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen.

Kreisrat Hermann Katzenstein aus Neckargemünd hat aus beruflichen Gründen sein Ausscheiden aus der ehrenamtlichen Tätigkeit als Kreisrat beantragt. Viele Termine, die er als Landtagsabgeordneter wahrnehmen muss, kollidieren mit Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse, so dass er seine Aufgabe als Kreisrat nicht angemessen wahrnehmen kann.

Für ihn rückte Ingrid Behner aus Bammental nach.

Danach entschied der Kreistag über die Neubesetzung von verschiedenen Ausschüssen.

Neue Schulart an der Max-Weber-Schule Sinsheim

das Gremium befasste sich auch mit der geplanten Einrichtung einer neuen Schulart an der kreiseigenen Max-Weber-Schule Sinsheim ab dem Schuljahr 2017/2018.

Dort besteht bereits ein dreijähriges Wirtschaftswissenschaftliches Gymnasium mit dem Profil Wirtschaft (WGW).



Um das Bildungsangebot an der Schule in diesem Bereich zukunftsorientiert auszubauen, wird ein weiteres Profilmfach namens „Internationale Wirtschaft“ mit dem Schwerpunkt Globalisierung und Sprachenerwerb eingerichtet.

Dieses Profil soll der immer stärkeren Internationalisierung und Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und einer international ausgerichteten Hochschulausbildung Rechnung tragen.

Abfallgebühren konstant!

Anschließend entschied der Kreistag über eine Änderung der Abfallwirtschaftssatzung.

Die Gebührenstruktur und das Abfallwirtschaftssystem werden grundsätzlich beibehalten.



Von der Änderung der Gebühren betroffen waren aufgrund veränderter Planmengen vor allem Erdaushub, Mineralfaserabfälle und voluminöse Abfälle.

Verabschiedung des Kreishaushalts

Traditionell befasste sich der Kreistag in der letzten Sitzung des Jahres mit der Verabschiedung des Haushaltsplans.

Dieser umfasst für das Jahr 2017 ein Gesamtvolumen von etwa 726 Millionen €, von denen rund 664,6 Millionen € auf den Kernhaushalt, 61,2 Millionen € auf den Eigenbetrieb Bau und Vermögen sowie 272.000 € auf die Freiherr von Ullner'sche Stiftung entfallen.

Dass der Hebesatz der Kreisumlage mit 29,5 Prozentpunkten der Steuerkraftsummen der Kommunen im Vergleich zum Vorjahr stabil bleibt, ist die wichtigste Nachricht für die Städte und Gemeinden im Landkreis.

Die Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler trug unser **Fraktionsvorsitzender Hans Zellner** vor, die wir hier in vollem Umfang wiedergeben:

„Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir leben in einer äußerst spannenden Epoche, in der sich innerhalb kürzester Zeit die Rahmenbedingungen grundlegend ändern können.

Dies erfahren wir aktuell mit dem Kreishaushalt 2017.

Noch vor zwei Monaten bei Einbringung des Haushaltsentwurfs, sprachen Sie Herr Landrat, von Unwägbarkeiten, Risiken bei der Erstattung von Flüchtlingskosten von rd. 12,6 Mio. € und Schätzungen im Finanzausgleich.

Sie haben alle Einsparmöglichkeiten abgeklopft, um die Kreisumlage nur um einen Prozentpunkt zu erhöhen und erklärt:

„Aber obwohl wir bei unseren Berechnungen der Erträge immer positive Annahmen zugrunde gelegt haben, über ein knappes positives Ergebnis werden wir in nächsten Jahr nicht hinauskommen“

Zwei Monate später sieht alles erfreulicher aus und wir können einen Haushalt verabschieden – ohne Steigerung des Hebesatzes. Das ist gut!

Schlecht ist aus Sicht der Freien Wähler, dass weiterhin eben wegen der Unwägbarkeiten bei den Einnahmen künftig erhebliche Risiken bestehen.

Ich werde zum Ende meiner Rede darauf noch einmal zurückkommen, doch zunächst Anmerkungen der Fraktion zu den Einzelbudgets.

Berufliche Schulen

„Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung“

John F. Kennedy

Das erfolgreiche duale System der Berufsausbildung in Deutschland steht immer mehr im Focus anderer Länder.

Theoretische Reflexion in den Berufsschulen wird mit praktischen Erfahrungen im Betrieb verknüpft. Dies garantiert der Wirtschaft nicht nur praxisnah ausgebildete Facharbeiter, sondern gilt auch als Erfolgsrezept für gelingende Übergänge in die Arbeitswelt.

Wir sind uns als Träger der beruflichen Schulen der Bedeutung der eingangs zitierten Aussage bewusst.

Deswegen ist auch das Ziel „Zukunftssicherung der beruflichen Schulen durch Profilierung zu Kompetenzzentren zur weiteren Verbesserung der Qualität bei gleichzeitiger Optimierung des Ressourceneinsatzes“ nur folgerichtig.

Ein Schritt in die richtige Richtung ist die professionelle und zentrale IT-Betreuung der Schulen. Die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesamtstrategie für die Schul-IT, ist notwendig, um vorhandene Synergie-Effekte nutzen zu können.



Das Ziel „Zukunftssicherung der beruflichen Schulen“ beinhaltet auch die Implementierung der Lernfabrik 4.0.

Wir unterstützen den Schulversuch „Einsatz von Tablets im Unterricht an beruflichen Schulen“. Wir wollen Erfahrungen sammeln, wie sich moderne Technik und pädagogische Konzepte so miteinander verbinden lassen, dass die Schüler maximal davon profitieren.



Dafür werden sowohl vom Land als auch vom Kreis jeweils 15.000 € zur Verfügung gestellt.

Die Einrichtung neuer Schularten und auch neuer Schulversuche trägt der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und auch demographischen Entwicklung Rechnung.

So dient die Schulart „Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf“ mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen – (VABO) – der Unterstützung bei der Vermittlung benachteiligter Jugendlicher mit Migrationshintergrund.

Die Intensivkooperationen an den sonderpädagogischen Beratungs- und Bildungszentren werden sehr positiv beurteilt. Es ist auch nur folgerichtig, dass diese Form der Kooperation einer inklusiv beschulten Maßnahme gleichgestellt ist.

Für Schulgebäude werden Aufwendungen in Höhe von 17 Mio. € ausgewiesen, davon für Baumaßnahmen 6,4 Mio. €. Allein für den Neubau der Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim sind 4 Mio. € bereitgestellt.

Die dauerhafte Substanzerhaltung ist ein weiteres wichtiges Anliegen der Freien Wähler.

Für unsere Schulen stellen wir für die Bauunterhaltung 2017 Mittel in Höhe von 2,8 Mio. € bereit.

Damit dokumentieren wir, dass im Bereich Bauunterhaltung im Rahmen eines strukturierten Prozesses die Substanz der Gebäude erhalten wird und kein Investitionsstau entsteht.

Umwelt, Verkehr und Wirtschaft

Die gut erhaltenen Kreisstraßen basieren auf dem bis 2019 fortgeschriebenen Substanzerhaltungskonzept.

Durch eine Bewertungsmatrix werden die Maßnahmen so priorisiert, dass es im Kreis zu keinem Straßensanierungsstau kommt.

Die Entscheidung die Kreisstraße Maisbach - Nußloch mit dem neuen LGVFG-Programm nach 2019 wieder auf die Tagesordnung zu nehmen ist richtig. Ebenso stehen wir hinter dem Beschluss die Autobahnbrücke der A 6 bei Dielheim auf der K4170 aufzuweiten. Die einzige Möglichkeit diesen Unfallschwerpunkt zu entschärfen und gleichzeitig Radfahrer und Fußgänger sicher zu leiten.

Trotz allem Substanzerhalt ist auch ein Vollausbau manchmal unumgänglich.

Deshalb stehen wir Freie Wähler hinter den notwendigen Ansätzen für Straßenbauinvestitionen.

Zur Instandsetzung der Ortsverbindungsstraße Heddesbach – Brombach – die mit keiner anderen Straße in Baden-Württemberg vergleichbar ist - wie der Petitionsausschuss feststellte - stellen wir zum Antrag der FDP-Fraktion einen Erweiterungsantrag.

Ziff. 1 können wir mit der Erweiterung mittragen, dass der Runde Tisch unter Leitung des Landratsamtes mit kompetentem Personal – aus der Verwaltungsspitze - bald zusammenkommt.

Dabei soll der Kreis seine Bereitschaft erklären sich an der Finanzierung zu beteiligen. Die Höhe soll, um die Verhandlungsposition gegenüber dem Land und Hessen-Mobil nicht zu schwächen nicht festgelegt werden.

Kollege Peter Reichert wird aus seiner Sicht speziell zu diesem Antragspunkt noch eine Stellungnahme abgeben.

Beim Mobilitätskonzept „Radverkehr“ legen wir den Finger in die Wunde. Über ein Jahr hat es nun gedauert bis die Gemeinden von dem beschlossenen Radwegkonzept des Kreises erfahren haben und Zuschüsse für Radwege des Startnetzes bewilligt werden. Für manche Gemeinde für den Haushalt 2017 vielleicht zu spät.

Die einheitliche Radwegbeschilderung ist auf den Weg gebracht. Ob die erkannten Sicherheitsmängel zwischenzeitlich behoben wurden oder gar Planungen der 1. Prioritätsstufe laufen, sind uns leider nicht bekannt.

Über das uns wichtige Thema wurden wir 2016 im Dunkeln gelassen. Das RadnetzBW wurde zwischenzeitlich auch veröffentlicht. Inwiefern hier Synergieeffekte entstehen können, muss geprüft werden.



Der öffentliche Personennahverkehr ist ein wichtiger Erfolgsfaktor unserer vielfältigen Mobilitätswelt. Bereits vor drei Jahren – früher als alle anderen Fraktionen - haben die Freien Wähler, die Änderung der ÖPNV-Zuschusskriterien beantragt.

Leider hat das Gutachten zur Förderung und Finanzierung des ÖPNV im RNK nicht die notwendige Mehrheit im Ausschuss erhalten. Nun warten wir ein weiteres Jahr, um die finanzielle Gerechtigkeitslücke zu schließen.

Die dazu gestellten Anträge auf Änderung der ÖPNV-Zuschüsse der FDP und „Der Linken“ sind uns zu kurz gesprungen.

Deshalb bitten wir abermals unseren Vorschlag, eine differenzierte Bezuschussung von Grundverkehren und optionalen – zusätzlichen – Angebotsverkehren, egal ob stadtnah oder im ländlichen Raum, zu prüfen und dem Kreistag nicht erst in seiner letzten Sitzung 2017 vorzulegen.

Die Barrierefreiheit im Zuge der Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Investitionszuschüsse für den barrierefreien Umbau der Bushaltestellen haben für uns einen hohen Stellenwert.

Das Backbone im Rhein-Neckar-Kreis soll in 2017 fertig gestellt sein. Viele Steine werden uns bei der wichtigsten Infrastrukturmaßnahme des Kreises von einem Telekommunikationsriesen in die Wege gelegt; teure Doppelstrukturen sind die Folge.

Wir hoffen alle sehr, dass uns das Stolpern nicht zum Fallen bringt. Aus Sicht eines Kreisrates wird dies für den Landkreis sicherlich nicht der Fall sein. Aus Reihen der Bürgermeister kommen diese Zweifel verstärkt.

Vom Klimawandel sind wir alle betroffen. Die für 2016 eingestellten Klimaschutzmittel, konnten von der Verwaltung zeitlich nicht umgesetzt werden. Deshalb sind hier Verantwortung und Weitblick gefragt. Aus diesem Grund ist es folgerichtig, dass die Investitionsmittel um 1/3 auf 1 Mio. € im Haushalt 2017 gekürzt wurden. Trotz der derzeit günstigen Kosten für Wärmebezug ist es wichtig und richtig, dass der öffentliche Bereich konsequent an diesem Thema weiterarbeitet und Mittel sinnvoll einsetzt.

Begonnenes beenden und Aufgeschobenes aufarbeiten sollten beim Klimaschutz 2017 die Devise sein. Auch das ist Verantwortung für die Zukunft im Rhein-Neckar-Kreis.

Sozialbudget

Beim Sozialbudget muss weiter mit steigenden Kosten gerechnet werden. Die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigen durch die Zunahme der Fallzahlen.

Die größten Mehrkosten mit 6,1 Mio. € gegenüber 2016 verursachen dabei die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe.

Bei der Hilfe zur Pflege wirkt sich neben steigendem Pflegebedarf zusätzlich die Landesheimbauverordnung mit der geforderten Einzelzimmerquote aus.

Die bedeutendste Hilfeart ist die Eingliederungshilfe mit 79,8 Mio. €. Die Umsetzung der UN-Konvention zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung in eine inklusive, dezentrale und wohnortnahe Infrastruktur sind neue Herausforderungen. Das Pflegestärkungsgesetz II und III sowie das neue Bundesteilhabegesetz werden noch nicht absehbare finanzielle Auswirkungen haben.

Der demographische Wandel und höhere Standards werden künftig Fallzahlen und Kosten weiter ansteigen lassen.

Dies bedeutet höhere Personal- und Sachkosten. Zusammen mit den jährlichen Tarifsteigerungen lassen sie 2017 den Zuschussbedarf des Sozialbudgets auf 151,8 Mio. € ansteigen.

Der größte Teil der Leistungen sind weisungsfreie Pflichtaufgaben, die wir zu erfüllen haben und nicht steuern können.

Die Freien Wähler sehen die Notwendigkeit und die Pflicht, sozialschwachen und behinderten Menschen eine gute Lebensgrundlage zu schaffen.

Das Sozialbudget ist weiter geprägt durch die zusätzlichen Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung. Die Asylverfahren werden jetzt deutlich schneller abgeschlossen. Somit wechseln die anerkannten Asylbewerber vom Asylbewerberleistungsgesetz in den Leistungsbezug des SGB II.

Damit sind die Transferleistungen und die Kosten der Unterkunft für rd. 1.200 Bedarfsgemeinschaften mit 2.400 Leistungsberechtigten zu finanzieren.

Die Erhöhung der Bundesbeteiligung von 43,5 % auf 49,5 % verringern zwar die finanziellen Lasten, aber die erhöhten Personal- und Sachkosten verbleiben beim Kreis.

Trotz der jetzt rückläufigen Zahlen ist die Entwicklung der Flüchtlingszuwanderung ungewiss und kann zu neuen Herausforderungen führen.

Für den Kreis entspannt sich die Lage zusehends. Dafür entstehen neue Probleme bei den Kreisgemeinden nun bei der Wohnungssuche für die Anschlussunterbringung und insbesondere bei der Integration.

Bereich Jugendamt

Keine Wahl und keinen politischen Spielraum besteht im Bereich des Jugendamts, dem nach SGB VIII eine Vielzahl von Pflichtaufgaben zugeteilt ist.

Ein Steigerung von zusätzlich 5,2 Mio. € auf 65,2 Mio. € spricht für sich.

Hauptursachen für den Anstieg der Transferaufwendungen für „Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familie“ sind Tarifierhöhungen, mehr Schulbegleiter, mehr Schulsozialarbeiter für unbegleitete minderjährige Ausländer und die steigenden Fallzahlen bei den ambulanten Hilfen.

Letzteres betrachten wir mit Sorge - da wir eigentlich annahmen, dass bei strikter Einhaltung unserer Grundsätze „ambulant vor stationär“ der Zuschussbedarf im Zaum gehalten werden könnte.

Ruft man sich in Erinnerung, dass der Ansatz für Individuelle Hilfen 2013 rd. 32 Mio. €, vier Jahre später über 10 Mio. € mehr beträgt, wächst die Sorge, wohin das alles führen mag.

Die Ergänzung der bisherigen Leitsätze um den Slogan „Rhein-Neckar-Kreis mit Verantwortung in die Zukunft“ halten die Freien Wähler gerade in diesem Zusammenhang für erforderlich und nehmen sie sehr ernst.

Die Inklusion von behinderten Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen und Schulen führen ebenso zu weiteren Kostensteigerungen.

Ein stetig steigender Bedarf an KiTa-Plätzen und dem zunehmenden Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kreis, was grundsätzlich sehr begrüßenswert ist, führt zu steigenden Ausgaben für die „Übernahme von Beiträgen“ auf 4,9 Mio. €

Der Rhein-Neckar-Kreis gehört erfreulicherweise zu den Landkreisen mit der höchsten Anzahl junger Menschen zwischen 6 und 21 Jahren.

Sorge bereitet aber auch hier der stetige Anstieg der Kindertagesbetreuungskosten.

Gegenüber 2015 ist nun eine Steigerung um 1,15 Mio. € erfolgt, gegenüber 2013 ein Anstieg um knapp das 2 ½ fache, eine schwindelerregende Erhöhung!

Nur die strikte Einhaltung unserer Grundsätze „ambulant vor stationär“, Ausbau und Bereithaltung niederschwelliger, präventiv wirkender Erziehungshilfen und die stetige Überprüfung des Personalbedarfs werden den Zuschussbedarf in der Zukunft im Zaum halten.

Zu unseren Gesellschaften:

GRN

Unsere Gesundheitseinrichtungen beeindrucken unverändert durch eine hochwertige medizinische Versorgung in der Fläche, wie auch durch ein maßvolles Finanzmanagement und das trotz schwer kalkulierbarer Finanzen durch das neue Krankenhausstrukturgesetz.

Die Investitionen von 47 Millionen € für den Neubau des Betreuungszentrums in Weinheim halten wir für sinnvoll.



Durch Kooperation mit der Gerontopsychiatrischen Abteilung des PZN Wiesloch wird eine neue Qualität der altersmedizinischen Versorgung für die Bevölkerung erreicht.

Ebenso unstrittig ist das langfristige Bekenntnis zum Standort Eberbach. Aktuell bewiesen wird dies durch die Erweiterung und Modernisierung der dortigen urologischen Abteilung, welche allerdings erst durch die großzügige Spende der Dietmar-Hopp-Stiftung ermöglicht wurde. Hierfür unser ausdrücklicher Dank !

AVR

Mit der Neukonzeption der Abfallwirtschaft und der Weiterentwicklung unserer AVR-Unternehmen sind wir politisch und finanziell auf dem richtigen Weg.

Wir haben mit der „AVR-Kommunal“ eine gut funktionierende und von der Bevölkerung akzeptierte Abfallwirtschaft mit hoher Wertschöpfungskette.

Ein positives Signal an die Gebührenzahler sind Preis- und Gebührenstabilität.



Mit der „AVR-Umweltservice und Energie“ bieten wir sämtliche Dienstleistungen eines modernen und umweltfreundlichen Dienstleistungsunternehmens.

Wir sind überzeugt, dass durch externen Sach- und Fachverstand mit Finanzbeteiligung Dritter und der Einbindung der Standortgemeinde Sinsheim der geplante Betrieb der Biovergärungsanlage erfolgreich sein wird.

So wird „aus Müll grüne Energie“.

Als Nebeneffekt ergibt sich beim Betrieb des Biomasseheizkraftwerkes eine finanzielle Verbesserung.

Damit gestalten wir aktiv die Zukunft!

Nach der Betrachtung des Haushalts 2017 aus der Sicht der Ressorts komme ich nun zu der **Finanzbetrachtung**.

Die finanziellen Rahmenbedingungen haben sich „Gottseidank“ in den letzten zwei Monaten erheblich verbessert. Allerdings sind diese Verbesserungen ohne die Mitwirkung und Beeinflussung des Kreistags durch höhere Steuereinnahmen und weitere Bundeszuschüsse entstanden.

Schön für uns!

Die FAG-Zuschüsse wären allerdings noch weit höher, wenn das Land – mit seinen klebrigen Fingern - nicht einen weiteren Millionenbetrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts einbehalten hätte.

Leider habe ich da keinen Aufschrei der Fraktionen der CDU und Grünen gehört. Wir können da nur vermuten, dass es eine weitere geheime Absprache gibt.

Nach der ungenügenden Krankenhausfinanzierung ein weiterer Eingriff in die Kreisfinanzmasse, den wir Freie Wähler massiv anprangern!

So sind wir künftig immer stärker abhängig vom Wohlwollen des Landes bei den Zuweisungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese Abhängigkeit bereitet uns große Sorgen. Seit Jahren haben wir immer weitere Ausgabensteigerungen. Die Wirtschaft kann nicht endlos wachsen.

Evtl. neue Flüchtlingsströme - Erdogan lässt grüßen und bangen - lassen sich nicht steuern, mit finanziell unkalkulierbaren Risiken.

Haben wir schon die Banken- und Eurokrise oder den Brexit überstanden?

Hallo da war doch was?

Ein erbliches Risiko entsteht, wenn die Zinsen steigen oder bei einer Rezession. Selbst bei einem Schnupfen der SAP werden wir sehr schnell an unsere finanziellen Grenzen kommen.

Im Kreis haben wir nun, was den Hebesatz anbetrifft, Konstanz. Maßgeblich dazu beigetragen haben die Kreiskommunen.

Das Aufkommen erfuhr eine enorme Steigerung:

2011 betrug die Umlage	rd. 188 Mio. €
2016 betrug die Umlage	rd. 258 Mio. €
Dies ist eine Steigerung von (37 %)	rd. 70 Mio. €

Eine solche Erhöhung weckt natürlich Begehrlichkeiten.

Der Kreisumlage-Hebesatz konnte nun in gleicher Höhe wie im Vorjahr bei 29,5 Punkten beibehalten werden, obwohl die Verwaltung ursprünglich von einer Erhöhung von 2 Punkten ausging.

Auch dadurch und bedingt durch den nun noch einmal erheblich verbesserten Ergebnishaushalt 2016 mit rd. 17 Mio. € lehnen wir die beiden Anträge von Bündnis 90/Grüne und „Die Linke“ auf Erhöhung der Kreisumlage ab.

Sorgen macht uns nach wie vor die Personalpolitik des Kreises mit den Stellenmehrungen. Die Steigerungen sind in der Gesamtheit enorm!



In den letzten drei Jahren erfolgte eine Steigerung von 240 Stellen, in 2017 folgen nun neue 90 Stellen. Somit verzeichnen wie in vier Jahren 330 neu geschaffene Stellen. Das sind bei rd. 1.500 Stellen 20 %.

Dafür entstehen allein in 2017 zusätzliche Personalkosten von 6,5 Mio. €.

Wir haben keine Probleme für neue Stellen in den Bereichen von Flüchtlingen, Asylanten, Sozial- und Jugendbereich und auch bei finanzierten Stellen. Trotzdem sind es in den anderen Bereichen noch viele Stellen.

Wir haben uns in zwei Sitzungen intensiv damit beschäftigt.

Ein Lob sprechen wir dem Dezernenten Hans Werner und seinen Mitarbeitern für die gute Vorlage im Personalbereich aus. Dies war uns sehr hilfreich.

Wir schreiben es als Erfolg unseren Bemühungen zu, dass deshalb rd. 20 Stellen weniger als noch im Entwurf vorgesehen, von der Verwaltung beantragt werden.

Wir bewilligen die neuen Stellen nur, weil uns die Verwaltung zugesagt hat, regelmäßig über den Personalstand zu berichten. Nicht mehr benötigte Planstellen werden im Verhältnis des Personalschlüssels im Bereich „Flüchtlingswesen“ abgelöst. Dazu erhalten wir nach Zusage der Verwaltung im Ausschuss vierteljährlich eine Aufstellung.

Das ist der Konsens zwischen Verwaltung und Kreistag, der auf Grund der Forderung der „Freien Wähler“ zustande kam.

Für die künftigen Jahre sind Stellenmehrungen noch kritischer zu betrachten.

Den Kreditaufnahmen stimmen wir zu. Mit einer Begrenzung der Verschuldung auf 100 Mill. € im Rahmen der Finanzplanung sind wir einverstanden.

Nach unserer Einschätzung könnten auch einige Investitionen des Kreises zeitlich hinaus geschoben werden.

Bürgschaftsübernahmen

Die Bürgschaftsübernahmen für die Kreditgeschäfte der AVR Kommunal von 9,85 Mio. € und der GRN von 21,74 Mio. € werden von uns, vorbehaltlich der EU-rechtlichen Vorgaben, mitgetragen.

Dem Antrag der Grünen/Bündnis 90 auf weitere 500.000 € für den Radverkehr stimmen wir nicht zu. Es wird vorgeschlagen, eine Bezuschussung aus den angesetzten Mitteln vorzunehmen.

Den Haushalten 2017 des Kernhaushalts, der Freiherr von Ulnerschen Stiftung und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau- und Vermögen mit den vorgesehenen Beschlussanträgen stimmen die Freien Wähler zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“

Perikles 490 -429 v. Chr.

Für die Freien Wähler ist der Rhein-Neckar-Kreis gut vorbereitet!

Abschluss

Ich bedanke mich bei den Fraktionen – trotz aller politischer Unterschiede - für das gute, konstruktive Miteinander im Kreistag.

Wir Freien Wähler danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises und der Gesellschaften für ihre nicht immer einfache und gute Arbeit.

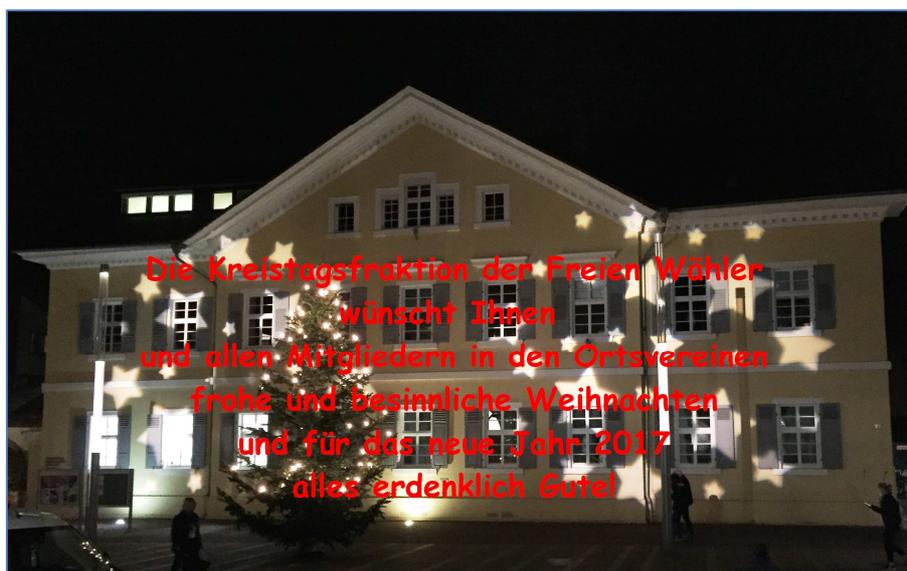
Ihnen Herr Landrat Stefan Dallinger für den vertrauensvollen, kollegialen Führungsstil und die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in die Entscheidungsfindung.

Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Frohe Weihnachten wünschen die Freien Wähler!“

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>





Natürlich liegen keine Goldbarren im Tresor von Landrat Stefan Dallinger. Aber der Rhein-Neckar-Kreis steht derzeit nach den neuesten Zahlen finanziell äußerst solide da – SPD-Fraktionsvorsitzender Ralf Göck sieht gar „goldene Zeiten“ für den Landkreis. Symbolbild: Lowette

SPD spricht von „Goldenem Zeitalter“

Gestern wurde der Haushalt 2017 des Rhein-Neckar-Kreises verabschiedet – Kreisumlage und Müllgebühren bleiben stabil

Von Stefan Hagen

Sinsheim/Rhein-Neckar. Traditionell war bei der gestrigen Verabschiedung des Kreishaushalts im Rahmen der Kreistagsitzung in Sinsheim-Steinsfurt mit Ausnahme der Grünen jeder irgendwie zufrieden. Der Rhein-Neckar-Kreis steht – defensiv formuliert – finanziell weiterhin äußerst solide da, Städte und Gemeinden können aufatmen, weil der Hebesatz der Kreisumlage nicht erhöht wird, und auch für die Bürger gab es ein Weihnachtssouvenir: Die Müllgebühren im kommenden Jahr bleiben stabil.

Noch im Oktober war eigentlich in Stein gemeißelt, dass die Umlage erhöht wird. Doch dann kam eine spektakuläre finanzielle Wendung: Höhere Beträge bei den Finanzausgleichungen und ein deutlich besseres Jahresergebnis 2016 machten Landrat Stefan Dallinger „gefügt“ – die Umlage bleibt stabil.

Der Kreis nimmt aus diesem Topf zwar 4,4 Millionen Euro weniger ein als im laufenden Haushaltsjahr. Was bei den saten Mehreinnahmen – rund sieben Millionen Plus beim Finanzausgleich und an die 16 Millionen Plus im Haushalt 2016 – aber leicht zu verschmerzen ist. Kleiner

Wermutstropfen für die Städte und Gemeinden: Weil für die Kreisumlage deren starke Steuerkraft im Jahr 2015 als Berechnungsgrundlage dient, müssen zahlreiche Kommunen 2017 trotzdem tiefer in die Tasche greifen. So zahlen beispielsweise Eberbach und Wiesloch (jeweils rund 1,5 Millionen Euro) deutlich mehr in die Kreiskasse. Aber auch das ist zu verkraften: Schließlich hat man auch mehr Geld eingenommen.

Doch es gibt auch einen Ausreißer nach unten: Nach dem Rekordjahr 2014 (224 Millionen Euro) hat die SAP 2015 deutlich weniger Gewerbesteuer an Walldorf gezahlt (169,5 Millionen). Dies hat auch Auswirkungen auf die Kreisumlage: Walldorf überweist 2017 rund 13 Millionen Euro weniger als noch in diesem Jahr.

Doch zurück zur Kreistagsitzung: Der Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 726 Millionen Euro wurde nach stundenlangem Debatten schließlich mit großer Mehrheit gebilligt. Lediglich die Grünen waren mit der Beibehaltung des Hebesatzes der Kreisumlage nicht einver-

standen. Ihr Vorschlag, eine Erhöhung um 0,5 Prozent, spielte letztendlich aber keine Rolle. Die Linke zog ihren Antrag auf Erhöhung vor der Abstimmung zurück, weil Landrat Dallinger in einem „Geheimgespräch“ vor der Sitzung angedeutet hatte, dass die Schulden wohl unter der magischen Grenze von 100 Millionen Euro bleiben. Einzelheiten wurden nicht genannt.

> **Bruno Sauerzapf (CDU)** begrüßte die Beibehaltung des Hebesatzes. Schließlich gehe es mehr denn je darum, „den Finanzbedarf des Kreises mit der Belastbarkeit seiner Gemeinden in Einklang zu bringen“. Optimistisch zeigte sich der Christdemokrat in Sachen Schulden: „Wir wagen die Prognose, dass die geplante Kreditaufnahme 2017 geringer ausfallen dürfte“, sagte Sauerzapf.

> **SPD-Fraktionschef Ralf Göck** war von der finanziellen Entwicklung so angetan, dass er prophezeite, dass man die Jahre 2014 bis 2019 wahrscheinlich als das „Goldene Zeitalter“ des Rhein-Neckar-Kreises bezeichnen werde. Allerdings wies er auch auf steigende Ausgaben hin

– insbesondere im personellen Bereich und für Jugendhilfeleistungen.

> **Hans Zellner (Freie Wähler)** war mit der Beibehaltung des Hebesatzes „sehr einverstanden“. Mit Sorge blicke man aber auf die Personalentwicklung beim Kreis. Die „Stellenmehrungen“ seien enorm. Allein 2017 würden zusätzliche Personalkosten in Höhe von rund 6,5 Millionen Euro anfallen.

> **Ralf Frühwirth (Grüne)** war ein wenig angegriffen. Schließlich wusste er, dass der Antrag seiner Fraktion, die Kreisumlage zu erhöhen, chancenlos war. „Wir haben in diesem bürgermeisterlastigen Gremium auch nicht mit Zustimmung gerechnet“, ätzte der Grüne. „Warum gehen wir nicht beherrscher die Verringerung der Schulden an?“, stellte er in den Raum.

> **Claudia Felden (FDP)** war ebenfalls mit der Beibehaltung des Hebesatzes einverstanden: „Passend zur Adventszeit, eine schöne Nachricht für unsere Städte und Gemeinden.“

> **Edgar Wunder (Linke)** war es besonders wichtig, dass die Schulden des Kreises nicht über 100 Millionen Euro steigen. Dies scheint nach der neuesten Entwicklung im Bereich des Machbaren.

> weitere Berichterstattung folgt

„Es gibt auch Unwägbarkeiten“